

## **ANTRAG 2. Regelmäßige Townhall Meetings mit der Stadtspitze**

Die FDP beantragt anlässlich der Etatklatur 2022 erneut, dass in künftige Haushalte standardmäßig Mittel zur Ausrichtung sogenannter Townhall Meetings eingestellt werden. Diese öffentlichen Bürgerforen sollen zwei Mal jährlich stattfinden und können in Ausnahmesituationen wie der Corona-Pandemie auch digital abgehalten werden.

Im Rahmen der Townhall Meetings wird die Spitze der Verwaltung laufend öffentlich zu den Fortschritten der wichtigsten städtischen Projekte Stellung beziehen und Fragen der anwesenden Bürgerinnen und Bürger beantworten. Denkbar ist etwa eine Zusammenstellung der *fünf* wichtigsten kommunalpolitischen Vorhaben, zu denen Oberbürgermeister, Bürgermeister oder Amtsleiter im Rahmen der Bürgerforen Auskunft geben.

### Begründung:

Wir bringen diesen Antrag nach der Etatklatur im Januar 2021 erneut ein, weil die Rückmeldung der Stadtverwaltung auf unseren ersten Vorstoß unbefriedigend ausfiel. Wer auf den Ruf nach größerer Bürgernähe unserer Stadtspitze schlicht mit einer Aufzählung von bereits in der GemO verankerten Beteiligungsmöglichkeiten antwortet, hat offenbar weder Problem noch Sinn des Antrags verstanden. Es geht bei unserer Initiative nicht darum, andere überaus wertvolle Beteiligungsinstrumente wie ISEK, das Bürgerinfoportal oder die Fragestunde in Ratssitzungen zu ersetzen. Ebenso wenig würden Townhall Meetings die laufenden Informationen überflüssig machen, die über Amtsblatt und soziale Medien bekanntgegeben werden. Stattdessen soll das neue Veranstaltungsformat den Reigen bestehender Informationskanäle und Partizipationsmöglichkeiten *erweitern* und einen Zusatznutzen stiften.

Denn trotz toller altbekannter Instrumente („Einwohnerfragestunde, Einwohnerversammlung, Einwohnerantrag, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid“, Amtsblatt, Social Media, ISEK) herrscht in der Bevölkerung viel zu häufig die Wahrnehmung, dass Informationen zu essentiellen Projekten der Stadtentwicklung nur unzureichend kommuniziert und diskutiert werden. Dies lässt mithin unnötig Gerüchte ins Kraut schießen und sorgt zurecht für Unmut (neustes Beispiel: der Baubeginn Sporgasse!).

Wir meinen, Townhall Meetings könnten hier Abhilfe schaffen, **da sie sich nach Art und Funktion von allen zuvor genannten Informationskanälen und Beteiligungsplattformen unterscheiden**. So konzentrieren sie sich im Gegensatz zum offeneren ISEK und den thematisch kleinteiligen Sitzungen des Gemeinderates z.B. auf die **fünf wichtigsten laufenden Projekte** der Stadtpolitik und geben über deren Fortschritte gegenüber **größerem Publikum** einen Überblick. Zugleich wäre das neue Veranstaltungsformat aber in Abgrenzung zum Amtsblatt oder Postings im Internet wirklich **inklusiv**, da Bürger unmittelbar zu Wort kämen und Rückfragen stellen könnten. Dadurch würden Transparenz, Verständnis und Akzeptanz für unsere örtlichen ‚Baustellen‘ geschaffen. Weshalb sträubt man sich gegen ein so vielversprechendes Bürgerforum, gegen so eine Möglichkeit, *mehr* Rechenschaft abzulegen?

Wir empfehlen Verwaltung und Gemeinderat kurzum, für 2022 erste Townhall Meetings zu planen, die als Höhepunkte des kommunalpolitischen Diskurses voll im Licht von Medien und Öffentlichkeit stehen. Die Stadtspitze sollte diese Formate nicht als Majestätsbeleidigung, sondern als Chance begreifen, um die Bürger mitzunehmen, Verständnis für die Brettener Kommunalpolitik zu schaffen und frühzeitig auf kritische Stimmen aus der Öffentlichkeit zuzugehen.